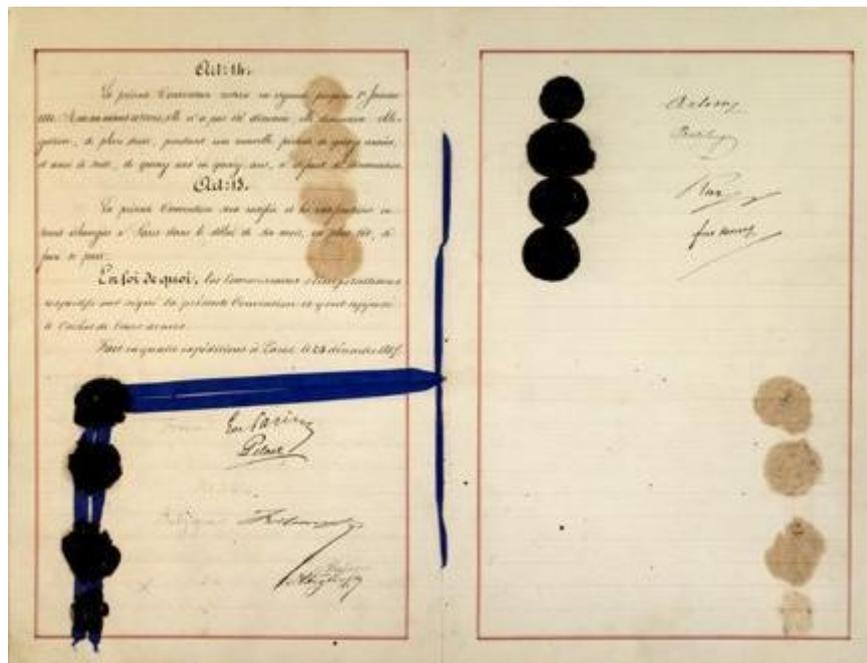


Historische Wurzeln im 19. Jahrhundert

Damit sich moderne Staaten in supranationale Organisationen integrieren, müssen diese erst einmal vorausgesetzt werden. Das heißt im Umkehrschluss, dass ohne die Entstehung des modernen Nationalstaates die politische Integration nicht möglich ist. Deshalb ist es bei allen gemeinsamen Wurzeln, die die Europäer miteinander teilen, sinnvoll, den historischen Anfang der Integration mit dem Wiener Kongress zu setzen, denn dort entstand ein Netz völkerrechtlicher Verbindlichkeiten zwischen Staaten, die von nun an in einer Vielzahl von Organisationen kooperierten. In dem Augenblick, als diese Staaten Kompetenzen an diese Organisationen abgaben, ist der Integrationsprozess in vollem Gange.

Als erste Organisation ist hier die Zentralkommission für die Rheinschifffahrt zu nennen, die bereits auf dem Wiener Kongress geschaffen wurde und bis zum heutigen Tag besteht. Alle Fragen, die die Schifffahrt auf dem Rhein betreffen, z.B. die Sicherheit sowie die Freiheit als Wasserstraße, werden hier geregelt. Seit 1856 existiert parallel hierzu die Europäische Donaukommission. Weitere supranationale Institutionen, die bis zum Ende des 19. Jahrhunderts gegründet wurden, sind 1865 die Lateinische Münzunion, eine Währungsunion zwischen Frankreich, Belgien, Italien, der Schweiz und Griechenland, gefolgt von der Skandinavischen Münzunion 1872.



Vertragsurkunde der Lateinischen Münzunion von 1865

Foto: wikipedia commons

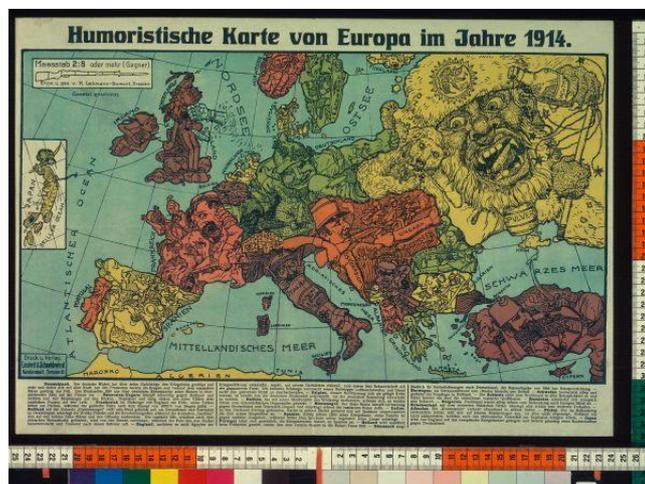
Eine ganze Reihe von internationalen Organisationen, die zur Standardisierung in verschiedenen Bereichen beitrugen, ergänzten das Bild: seit 1874 schuf der Weltpostverein ein einheitliches Postgebiet, ab 1893 ermöglichte das Zentralamt für internationalen Eisenbahnverkehr einen reibungslosen grenzüberschreitenden Zugverkehr (Zentralamt für internationalen Eisenbahnverkehr), 1865 begann mit dem internationalen Telegraphenverein die Zusammenarbeit im Bereich der Telekommunikation und 1886 markiert den Anfang des internationalen Urheberrechtes durch die sog. Berner Übereinkunft.

Eine zentrale Stellung für die Liberalisierung des Handels und die Öffnung der Märkte in Europa stellt der sog. Cobden-Chevalier-Vertrag von 1860 dar: Die sog. Meistbegünstigungsklausel sah

vor, dass dem Handelspartner alle Vorteile gewährt werden, die dritte Staaten besitzen - mit diesem Instrument wurde faktisch Freihandel eingeführt, denn die zuvor hohen Zölle wurden massiv reduziert. Nicht umsonst spricht man von der Zeit ab 1860 bis zum Beginn des 1. Weltkriegs als der Hochzeit des internationalen Freihandels.

Auch politisch arbeiteten Parteien wie Gewerkschaften europaweit zusammen: 1889 tagte ein internationaler Arbeiterkongress in Paris, aus dem die 2. Internationale hervorging. Bei den Katholiken sprach man von einer "schwarzen Internationalen", die jedoch nicht so straff organisiert war wie die der Arbeiter, obwohl sie 1899 das "Internationale Sekretariat christlicher Gewerkschaften" ins Leben riefen.

Die Vorstellung, das Konzept Europa könne dazu dienen, Kriege zu vermeiden, gar zu überwinden, ist eine Vorstellung, die schon das Denken der sog. "Heiligen Allianz" prägte. Dazu entstand die Idee des "europäischen Konzerts", bei dem vor allem die Großmächte einen herausragenden Part spielten. Die europäische Familie ist eine Metapher, die seit Napoleon im Schwange war. Genauso gab es aber auf zahlreichen Karikaturen das Bild Europas als das der Nationen bis hin zum zerrissenen Europa. Zwei weitere Metaphern prägten das Selbstbild von Europa nach außen: das Bild vom überlegenen Europa als Zentrum der Welt und das Bild des bedrohten Europa, das sich aus dem wirtschaftlichen Aufstieg der USA speiste.



Humoristische Karte von Europa (1914)

Grafiker: K. Lehmann-Dumont, Quelle: Bundesarchiv Plak 001-004-075

Europäische Integration bis 1970

Die wirtschaftliche Integration Europas bricht im August 1914 zusammen, auch zivilgesellschaftliche Kontakte erlahmen während des 1. Weltkrieges; die Zwischenkriegszeit wird geprägt vom Völkerbund, der ohne die USA als hochgradig europäische Organisation versucht hat, internationale Strukturen wiederzubeleben. Mitte der 20er Jahre gibt es Diskussionen über eine europäische Zollunion und Richard Coudenhove-Kalergi mit seiner Pan-Europa-Union kann als Vordenker der späteren Integrationsbewegung gelten. In der Realität erschöpfte sich die Annäherung jedoch häufig in bilateralen Handelsverträgen. Während die Nationalsozialisten keine Europapolitik betrieben, entwickelte sich in der Gegnerschaft zum Nationalsozialismus die Utopie von der friedlichen Einheit Europas für die Zukunft.

Zwischen 1945 und 1955 werden nahezu alle europäischen Institutionen gegründet - nachhaltig gefördert von den USA. Die enge wirtschaftliche Kooperation mit dem Ziel, Handelsbarrieren abzubauen, wird begleitet von einer engen militärischen Kooperation, die sich vor allem gegen den Osten richtet. Auch politisch schreitet die Integration voran mit der Bildung des Europarates. 1950 arbeitete der Europarat die Europäische Konvention der Menschenrechte aus, die 1953 in Kraft trat, und errichtete zu deren Sicherstellung den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, der sich 1959 konstituierte.



Plenarsaal des Europarates, Straßburg

Das Prinzip der Supranationalität wurde erstmals in der sog. Montanunion (offiziell: EGKS für Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl) umgesetzt. All diese Entwicklungen sowie weitere Verhandlungen über eine Agrarunion, eine Gesundheitsunion, eine politische Union und eine Verteidigungsgemeinschaft lösten eine regelrechte Europa-Begeisterung in der Bevölkerung Europas aus. Im Laufe der 50er-Jahre, als die atomare Entwicklung als Zukunftsindustrie galt, kam noch die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) hinzu. Alle diese Entwicklungen wurden politisch durch die Römischen Verträge vom 25. März 1957 auf ein neues Niveau gehoben. Seither existierten neben der EURATOM die EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) sowie ein Abkommen über gemeinsame Organe, die neben dem Europäischen Gerichtshof auch eine gemeinsame parlamentarische Versammlung postulierte, aus der später das Europäische Parlament hervorging.



1. April 1957: Unterzeichnung der römischen Verträge

Foto: Bundesarchiv Bild 183-45653-0001

Von Beginn beschäftigte die europäische Integration aber auch die Frage, wie viel Souveränität ein Staat aufgab, wenn er supranationale Verträge abschloss. Der französische Staatspräsident Charles de Gaulle setzte als Gegenkonzept zum Souveränitätstransfer die Idee des "Europa der Vaterländer". In den 60er-Jahren hielt der Streit zwischen den unterschiedlichen Konzepten die Europäische Gemeinschaft über Jahre in Atem. Gelöst wurde der Konflikt erst 1966 durch den sog. Luxemburger Kompromiss, der bis auf Weiteres das Einstimmigkeitsprinzip bei gesamteuropäischen Entscheidungen vorschrieb.

Diese politisch-institutionellen Entwicklungen wurden nach 1945 aber von einem noch viel wichtigeren Prozess begleitet: Die transnationalen Verflechtungen nahmen in nie dagewesener Weise zu: die deutsch-französische Aussöhnung war nicht mehr ein Projekt der Eliten wie in den 20er-Jahren, sondern ein Bürgerprojekt: Austauschprogramme, Schul- und Städtepartnerschaften sowie Auslandsreisen in einem ungekannten Ausmaß führten dazu, dass sich Europäer besser kennenlernten. Voraussetzung hierfür war ein allgemeiner Wirtschaftsboom in Westeuropa, der von 1945 bis in die 70er-Jahre weitgehend ungebrochen anhielt.

Erst ab 1969 setzt sich die Europäische Gemeinschaft als wichtigstes Integrationsforum durch – bis dahin bestand sowohl Konkurrenz als auch eine gewisse Offenheit, welche Form der Integration sich durchsetzen würde: neben der EG gab es das Konkurrenzprojekt EFTA, eine Freihandelsassoziation, der Großbritannien, Österreich, Portugal und die skandinavischen Länder angehörten. Nicht zu vergessen ist auch, dass die Integration Osteuropas nach 1945 durch die Sowjetisierung und den militärischen Zusammenschluss der Staaten des Warschauer Paktes sowie durch den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe vorangetrieben wurde.

Europäische Integration seit 1970

Entscheidend für die weitere Entwicklung ab den 70er-Jahren war der Beitritt Großbritanniens in die EG. Neben einer inhaltlichen Vertiefung zeigt sich im Zusammenhang mit dem Epochenjahr 1989 auch, dass die Europäische Gemeinschaft als Stabilitätsanker für die friedliche Transformation dient. Zu der Herkunftserzählung aus Antike und Christentum tritt ab den 1990ern das gemeinsame Gedenken an den Holocaust als einigendes Moment hinzu.



Edward Heath und Alexander Douglas-Home beim Unterzeichnen der Beitrittsurkunden für Großbritannien 1974

Quelle: Bundesarchiv Plak 006-036-077

Im Dezember 1969 wurden auf dem Gipfel in Den Haag die entscheidenden Weichen gestellt: Neben dem Beitritt Großbritanniens, Irlands und Dänemarks bis 1973 sind das vor allem die gemeinsame Finanzierung der Agrarpolitik sowie eine gemeinsame Währungspolitik. Um politische Prozesse innerhalb der EG zu institutionalisieren, entsteht 1974 der Europäische Rat. 5 Jahre später wird nicht nur das Europäische Währungssystem (EWS) mit festen Wechselkursmechanismen installiert, sondern auch erstmals das Europäische Parlament direkt gewählt. Seither hat die Integration der Mitgliedsstaaten über eine Reihe von Verträgen (Maastricht, Amsterdam, Nizza, Lissabon) eine neue Dynamik entwickelt. Für das europäische Bewusstsein sowie für die wirtschaftliche Entwicklung war die zweistufige Einführung der gemeinsamen Währung, des Euro (1999 als Buchgeld, 2002 als Bargeld), ein entscheidender Schritt. In den 80er-Jahren erweiterte sich die EG nach Süden (1981 Beitritt Griechenlands, 1986 Portugals und Spaniens) und in den 90er-Jahren nach Norden (1995 Beitritt Schwedens, Finnlands und Österreichs), während diese Beitrittswelle nach der Jahrtausendwende vor allem nach Osten weiterging: 2004 Beitritt von Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta und Zypern.

Neben den politischen Integrationsschritten im Rahmen der EG, später EU, entstanden ab 1960 aber vielfältige Kontakte zwischen Ost- und Westeuropa auf kultureller Ebene, die in der

Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) schließlich einen institutionellen Rahmen erhielten. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Homogenisierung schritt weiter voran: Wichtiges Ziel der europäischen Integrationspolitik war auch die strukturelle Angleichung randständiger Gebiete über Ausgleichsfonds. Homogenisierend wirkten sich auch die verbesserten Fremdsprachenkenntnisse der Bevölkerung aus, die zu einem interkulturellen Miteinander auf vielerlei Ebenen führten (vom Reisen über kommunale Kooperationen bis hin zu Austauschprogrammen zwischen Schulen und Universitäten).

Angesichts dieser Entwicklungen legte die EG schon 1973 auf dem Gipfel in Kopenhagen ein Dokument dazu vor, was sie unter europäischer Identität versteht. In 22 Punkten wird hier erläutert, was der innere Kitt der Gemeinschaft ist. Die EU entwickelte im Laufe der Zeit eine Reihe von Symbolen, die nach außen die Zusammengehörigkeit markieren (- neben Flagge und Hymne sind das auch der Europatag sowie das gemeinsame Motto der EU. Seit 1993 fungiert als weitere identitätsstiftende Säule die Europäische Unionsbürgerschaft, (daneben der Euro, die europäische Grundrechtecharta sowie die noch immer nicht gänzlich ausgebildete gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). In Brüssel ist ein „Haus der europäischen Geschichte“ geplant, das die Vorstellung von Europa als geographischer und kultureller Einheit untermauern soll. Positive Anknüpfungspunkte können dort neben Antike und Christentum die europäische Aufklärung, der von Europa initiierte technische Fortschritt, die freie Wissenschaft, die Rolle des Rechts sowie von Wettbewerb oder Kritik sein. Europa als Hort des Sozialstaates sowie als Ursprung der Menschenrechte sollen dort voraussichtlich die Vielfalt Europas genauso abbilden wie die negative Erinnerungsgemeinschaft über Holocaust und zahllose Kriege, die in Europa geführt worden sind.

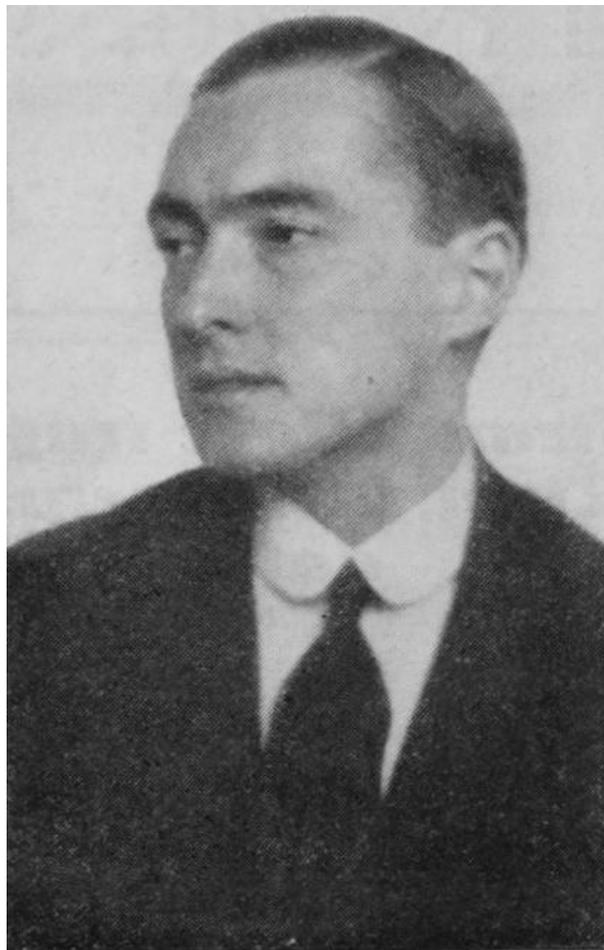


Hier entsteht das Haus der Europäischen Geschichte.

Foto: wikipedia commons

Motive und Antriebskräfte: Frieden

Schon seit dem 18. Jahrhundert hat sich in Europa ein System der kooperativen Hegemonie herausgebildet, zunächst in der Pentarchie der fünf Großmächte England, Russland, Frankreich, Preußen und Österreich-Ungarn. In diesem System haben die Akteure gegenseitig akzeptiert, dass Konflikte möglichst nicht kriegerisch, sondern friedlich beigelegt werden. Als Paradebeispiel für eine solch friedliche Konfliktregelung wird gelegentlich der Berliner Kongress 1878 angeführt. Zugleich entstanden im 19. Jahrhundert in Europa aber auch pazifistische Bewegungen wie die "Ligue du Bien public" oder die "Ligue internationale de la Paix et de la Liberté". Nach dem 1. Weltkrieg erfährt das Friedensmotiv in der "Paneuropa-Union" von Graf Coudenhove-Kalergi eine ganze neue Bedeutung, indem im Europäischen Manifest 1924 gezielt herauf Bezug genommen wird: Ein europäischer Staatenbund soll Erbfeindschaften überwinden helfen. Das Schreckgespenst eines neuen vernichtenden Krieges wird als Drohszenario entworfen, dem allein die europäische Integration als Gegenbewegung beikommen kann.



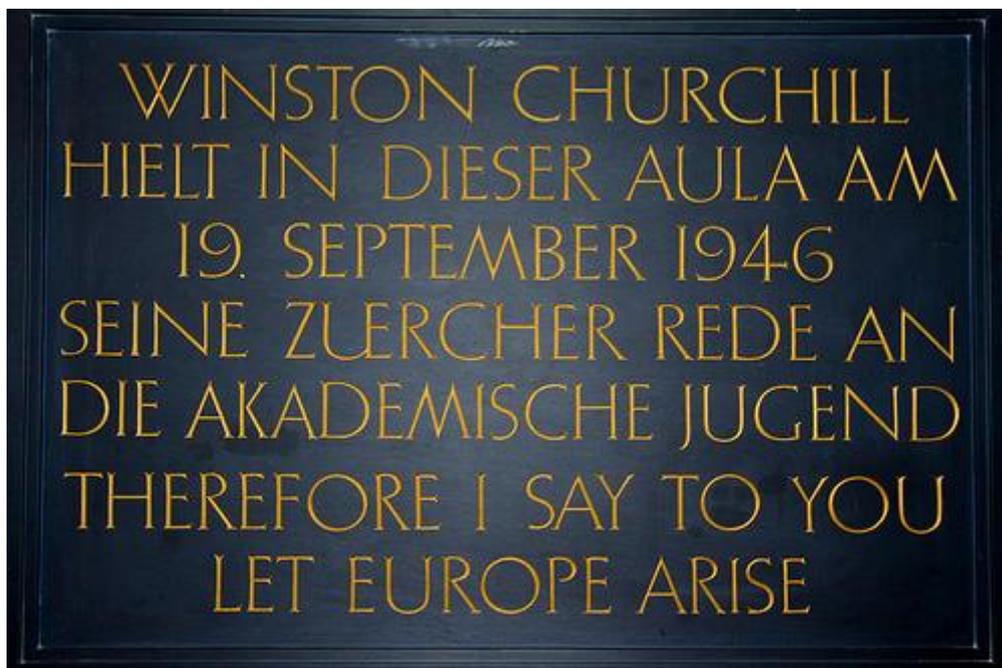
Richard Coudenhove-Kalergi 1926

Foto: wikipedia commons

Während des 2. Weltkrieges formiert sich die Europa-Idee in Exil-Regierungen und nationalen Widerstandsbewegungen; der klassische Nationalstaat war als friedenserhaltendes Instrument diskreditiert. Im "Manifest von Ventotene" ist der Europa-Gedanke ausschließlich positiv besetzt - die Vorstellung von der europäischen Einheit verspricht Frieden, Freiheit und Demokratie. Demonstrativ wurden Grenzanlagen zwischen Deutschland und Frankreich zerstört und man kann fast von einer Volksbewegung nach Europa sprechen. Das Bekenntnis zur europäischen

Einheit fand einen festen Platz im rhetorischen Repertoire der Politik. Doch wandelt sich der Friedensbegriff sich im Zeichen der militärischen Abschreckung zwischen Ost und West.

Auch politisch zeichnet sich früh eine Trennung in europäische Föderalisten und Unionisten ab. Die Föderalisten nahmen sich die Schweiz oder die USA zum Vorbild, wie in ihrem Hertensteiner Programm nachzulesen ist. Sie strebten also eine sehr enge politische Kooperation an. Demgegenüber verstanden die sog. Unionisten eine europäische Zusammenarbeit vor allem als eine intergouvernementale Kooperation. Winston Churchill hat dies in seiner berühmten Züricher Rede vom 19.9.1946 unmissverständlich auf den Punkt gebracht.



Gedenktafel zu Ehren der Züricher Europa-Rede Churchills

Foto: wikipedia commons

Nach dem 2. Weltkrieg ist Europa nicht mehr das Zentrum der politischen Welt. Die europäische Dimension reicht zunehmend nicht mehr aus, um friedenserhaltend wirken zu können. In Europa selbst wird hingegen der Frieden zunehmend selbstverständlicher. Diese Entwicklung wird durch die Neue Ostpolitik ab 1969 noch verstärkt. Prinzipien wie Nichteinmischung, Stabilität oder die "Unverletzlichkeit" der Grenzen, politische Praxis, in der kulturelle Kontakte intensiviert werden und Einrichtungen wie die KSZE trugen massiv dazu bei, dass die Wahrscheinlichkeit eines Krieges in Europa vermindert wurde. Zusätzliche neue Impulse gab das europäische Epochenjahr 1989/90. Von nun an sprach man vom "Europäischen Haus", das man bauen wollte (oft um die deutsche Wiedervereinigung herum). Heutzutage ist ein friedliches Europa vielen eine Selbstverständlichkeit, auch wenn an die blutigen Auseinandersetzungen um Ex-Jugoslawien erinnert werden muss, die bis in die jüngste Vergangenheit anhielten.

Motive und Antriebskräfte: Deutsche Frage

Seit dem 19. Jahrhundert ist die "Deutsche Frage" virulent in Europa - "kleindeutsche" Lösung, "großdeutsche" Lösung, das Deutsche Kaiserreich als saturierter Staat, das Verbot eines Zusammenschlusses zwischen dem Deutschen Reich und Deutsch-Österreich in den Pariser Vorortverträgen, die Pläne der Alliierten einer Zerschlagung des deutschen Nationalstaates bis hin zu einer Zerstückelung und Zwangsagrarisierung - immer spielt Deutschland eine zentrale Rolle, wenn es um strategische Pläne für Gesamteuropa geht.



März 1926: Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund weckt Hoffnungen (Eingang des Völkerbundgebäudes in Genf).

Quelle: Bundesarchiv Bild 102-02409

Die Alternative zur Zerstückelung ist die strikte Einbindung Deutschlands in ein integriertes Europa, um so die Kontrolle über Deutschland zu behalten. Parallel zu einer wirtschaftlichen Integration soll so eine gesellschaftliche Öffnung erzwungen werden. Der Schuman-Plan ist vor

allein auf die Einbindung (West-)Deutschlands gerichtet: Kontrollieren, ohne zu diskriminieren. Die Montanunion fungierte in der Folgezeit als Blaupause der Integration. Parallel dazu war die Wiederbewaffnung Deutschlands nur innerhalb einer supranational organisierten Armee geplant (EVG).

Eine gewisse Furcht bestand vor dem Nachbarn in der Mitte Europas: Welche Brückenfunktion kann und soll er gegenüber den östlichen Teilen Europas erlangen? Sei es Rapallo-Komplex, sei es die Neue Ostpolitik: Immer wohnt den Bemühungen um Ausgleich in der deutschen Außenpolitik eine europapolitische Komponente inne. Dabei kann man insbesondere die Neue Ostpolitik der sozialliberalen Regierung, nämlich die Anerkennung des Status quo mit dem Fernziel, die Teilung zu überwinden, als Selbsteinbindung der Bundesrepublik verstehen, die ihren eigenen politischen Handlungsspielraum enorm erweitert hat. Ebenso ließe sich die europäische Integration als Vorbedingung der Wiedervereinigung verstehen, ohne die die benachbarten Mächte niemals einer deutschen Einheit zugestimmt hätten.



Willy Brandts Kniefall von Warschau - Meilenstein der Neuen Ostpolitik

Foto: wikipedia commons

De facto hat die Überwindung der deutschen Teilung wieder zu einer halb-hegemonialen Stellung der Deutschen in Europa geführt - dies hat konsequenterweise zu einem neuen Integrationsschub auf europäischer Ebene geführt: Maastricht und die weiteren Verträge. So muss die Lösung der deutschen Frage einerseits als wichtiges Antriebsmoment der europäischen Integration begriffen werden, andererseits wird das Motiv der Einbindung Deutschlands in ein gesamteuropäisches Handeln auch stets bei möglichen Kurswechseln der Bundesregierung virulent.

Motive und Antriebskräfte: Europäische Selbstbehauptung in der Welt und nationale Selbstbehauptung

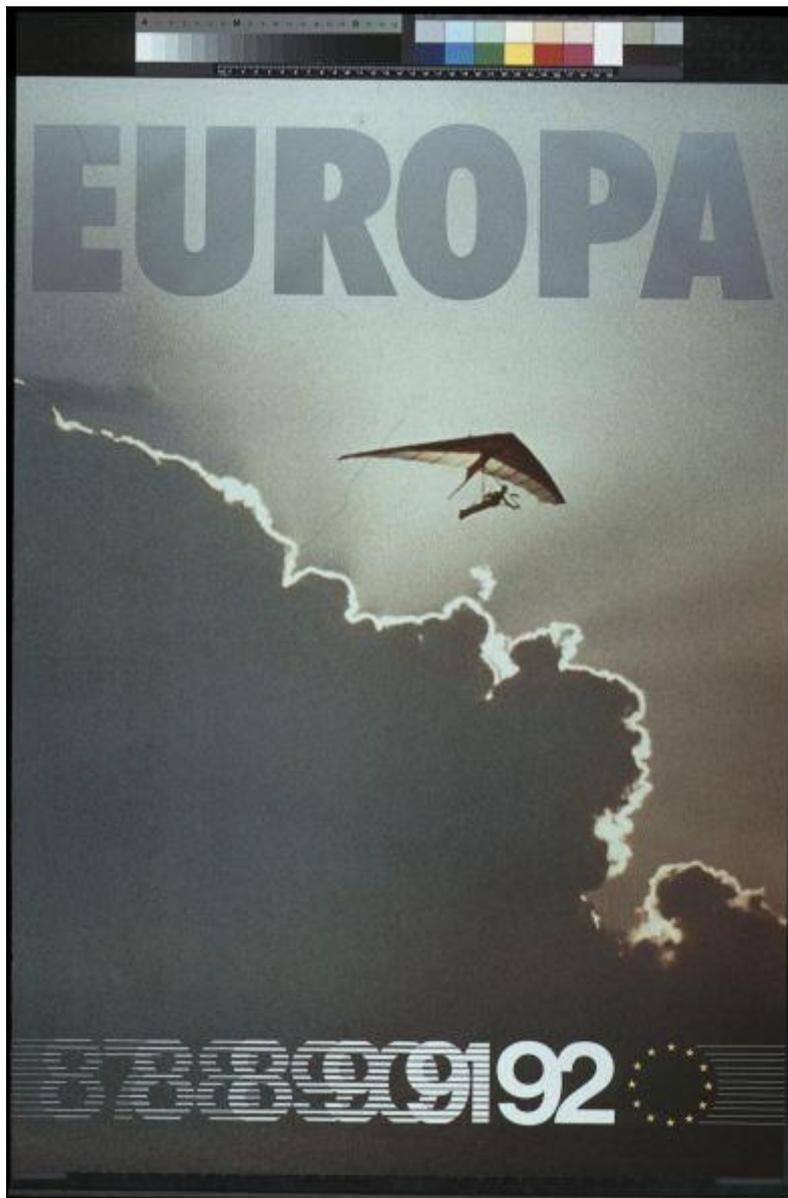
Die einstigen europäischen Großmächte wie Frankreich oder Großbritannien mussten schmerzlich erfahren, wie ihre Bedeutung nach 1945 im Zeichen des Ost-West-Konflikts sank. Die europäische Integration ist in diesem Kontext ein Akt der Selbstbehauptung Europas in der Welt. Diese enthält sowohl eine politische als auch eine ökonomische sowie eine ideologische Komponente (z.B. das Sozialstaatsmodell). So kamen bald nach 1945 Pläne auf, Europa und die europäische Integration als Kern einer neuen Weltmacht auf Augenhöhe mit den USA, der Sowjetunion oder zukünftig auch China zu etablieren. Verstärkt wurde dies nicht zuletzt durch den Schock der Suez-Krise 1956: Man erkannte, dass man sich nicht mehr unbedingt auf die Amerikaner verlassen kann. Gerade die Suez-Krise stellt den Beginn einer Öffnung Großbritanniens für die europäische Integration dar und führte letztlich zur Errichtung der EFTA als erstem Schritt Richtung Europa. Neben der politischen weist dieses Motiv eine kulturelle Komponente auf: Während in Europa europäische Werte gepflegt werden, werden die USA und die Sowjetunion als nicht-europäische Kulturen wahrgenommen. Das vermeintliche Desinteresse der USA an europäischen Entwicklungen und die Idee von der kulturellen Überlegenheit Europas verstärkten diese Entwicklung noch.



Port Said. Brennende Öltanks nach dem Angriff der Briten und Franzosen
Foto: wikipedia commons

Auch der Wunsch nach einer Gemeinschaftswährung entstand aus dem Willen, sich aus der Abhängigkeit vom Dollar zu lösen. Die Ölkrise fungierte hier als Katalysator. Während dies wirtschaftliche und politische Impulse waren, die die Entwicklung beschleunigten, entwickelte die Europäische Gemeinschaft 1973 in Kopenhagen auch ein Leitbild für die "Identität Europas". Im Jahre 1976 forderte der sog. Tindemans-Bericht eine umfassende Erneuerung der EG. Diese gemeinsame politische Konzeption wurde seit den 80er-Jahren zunehmend ergänzt um den Wunsch nach engerer Kooperation in der Außenpolitik. Hieraus entstand die „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP), auf deren Basis militärische Kooperationen wie das

Eurokorps entstanden sind. Ob die Kosovo-Krise mit mehr militärischem Drohpotential leichter gelöst hätte werden können, ist eine offene Frage. Die Grundrechtecharta der EU aus dem Jahre 2000 hat diese Werte- und Identifikationsgemeinschaft abgerundet.



Werbeplakat für Europa (1992)
Quelle: Bundesarchiv Plak 008-026-004

Die europäische Integration wurde durchaus auch schon von einzelnen Staaten genutzt, um sich in der internationalen Staatengemeinschaft zu behaupten. Ein frühes Beispiel hierfür ist Italien, das die europäische Integration als Instrument zur Aufnahme als vollwertiges Mitglied der Staatengemeinschaft genutzt hat. Bis 1947 als Feindstaat behandelt und sogar mit Gebietsabtretungen für seine Loyalität zu Hitler bestraft, fand es über die europäische Integration in die Staatengemeinschaft zurück. Die Gelegenheit, sich als Demokratie zu bewähren, erhielten in den 80er-Jahren auch Spanien, Portugal und Griechenland, später die osteuropäischen Staaten und das Baltikum. Natürlich ist es spekulativ, zu bewerten, wieweit die europäische Integration kleinen Staaten es ermöglichte, ihre Souveränität im Innern zu erhalten.

Motive und Antriebskräfte: Wirtschaft

Der wirtschaftliche ist der am weitesten fortgeschrittene Sektor der europäischen Integration. Schon seit 1860 ist ein Freihandelssystem entstanden, das auf die Initiative von Großbritannien und Frankreich zurückging und im sog. Cobden-Chevalier-Vertrag von 1860 fixiert worden ist. Die Meistbegünstigungsklausel half dem innereuropäischen Warenverkehr; dank dem Kapitalexport nach Skandinavien und Russland ab 1870 konnten neue Märkte erschlossen werden; die innereuropäische Arbeitsmigration im Zuge der Industrialisierung (z.B. Baugewerbe während des Eisenbahnbaus) - all dies waren Strukturen, auf die man im 20. Jahrhundert aufbauen konnte.



Palais du Rhin, Strasbourg: Sitz der Zentralkommission für Rheinschiffahrt

Foto: wikipedia commons

Auch die wirtschaftspolitischen Wurzeln der europäischen Integration muss man im 19. Jahrhundert suchen: die Zentralkommission für die Rheinschiffahrt, ist die erste internationale Organisation im modernen Sinne und existiert seit 1816. Der deutsch-österreichische Telegraphenverein folgte zur Jahrhundertmitte, die Internationale Fernmeldeunion (UIT) 1865, der Weltpostverein 1865/78 und das Zentralamt für internationalen Eisenbahnverkehr 1893. Meist auf Initiative der Privatwirtschaft wurden Regeln getroffen und vielfach handelte es sich um den Kommunikationssektor, bei dem Grenzen eine vergleichsweise geringe Rolle spielten. Die Integration wurde aber noch nicht als Gesamtprozess gesehen.

Nach dem 2. Weltkrieg stellt im westlichen Europa der Marshallplan, der ursprünglich lediglich als wirtschaftliche Ergänzung der Containmentpolitik konzipiert war, einen Meilenstein in der wirtschaftlichen Annäherung dar. Über Freihandel und Ausnutzung der komparativen Vorteile spezialisierten sich die einzelnen Volkswirtschaften immer stärker. Zwischen 1945 und 1990

wurde der Freihandel im westlichen Europa kaum hinterfragt, sondern eher seine friedenssichernde Dimension gesehen – nicht zuletzt um der wirtschaftlichen Selbstbehauptung Europas in der Welt willen. Die europäische Zollunion von 1968 und die dadurch entstehende Freihandelszone sorgten für intensiveren Warenaustausch und eine Angleichung des Preisniveaus innerhalb Europas. Die Arbeitsmigration zeigte jedoch schnell, dass die Sprachenvielfalt ein Hindernis für den Integrationsprozess darstellt; jedoch war der Kapitalmarkt seit spätestens 1992 sehr verflochten. Selbst das Konzept, den Nationalstaat über Supranationalität zu retten, stellte sich als nur scheinbar paradox dar, galt die europäische Integration doch als Reaktion auf die Krise des Nationalstaats, bei der man Handlungsfähigkeit nur auf höherer Ebene zeigen konnte. Doch begann bei der Dimension der sozialen Sicherheit diese Einigkeit zu schwinden: Die zunächst positive Vorstellung von einer dem demokratischen Prozess entzogenen Expertokratie, bei der man unterstellte, dass demokratische Prozesse ineffizient und nicht immer am Gemeinwohl orientiert seien, wich einer Überzeugung, dass Staaten doch effiziente Akteure im politischen Prozess sein können. Skepsis gegenüber der Währungsunion und der Europäischen Zentralbank (EZB) innerhalb der Bevölkerung in der EU taten ein Übriges, die positive Einschätzung supranationaler Strukturen zu überdenken.



Eurotower, Frankfurt: Sitz der EZB

Foto: wikipedia commons

Motive und Antriebskräfte: Zivilgesellschaft

Die Verflechtung der europäischen Gesellschaften hat in den letzten Jahrzehnten in einem Ausmaß zugenommen, wie sich das nach 1945 kaum jemand hätte vorstellen können. Reisen sind zur Selbstverständlichkeit geworden, die Fremdsprachenkenntnisse haben in ganz Europa vor allem über die lingua franca Englisch enorm zugenommen, der Transfer von Ideen und Lebensgewohnheiten innerhalb Europas beschleunigt sich zunehmend, sodass sich vieles in einem permanenten Prozess der Verflechtung und Anpassung innerhalb Europas annähert: vom Heiratsalter über die Familienstruktur bis zur Vereinheitlichung der Schulbildung, der Schulpflicht, von den Errungenschaften eines europäischen Sozialstaats bis zu ähnlichen Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit.



Rückkehr von der Kavaliertour der Söhne des Grafen von Stadion nach Warthausen

J.H. Tischbein d.Ä. (?), ca. 1780

Foto: wikipedia commons

Auch dies hat selbstverständlich historische Wurzeln: der kulturelle Austausch und die Reisetätigkeit lassen sich über die Grand Tour des 19. Jahrhunderts bis in die Renaissance zurückverfolgen. Im 20. Jahrhundert entwickelte sich der Massentourismus mit enormen Rückwirkungen auf die Massenkultur des Kontinents: mediterrane Essgewohnheiten bis hin zur Nachahmung eines (vermeintlich) Lebensstils einerseits, die Anpassung der Zielländer an die Bedürfnisse der Reisenden andererseits (Bsp.: Mallorca als 17. Bundesland) zeugen von einem permanenten Austauschprozess. Bis 1945 galten Fremdsprachenkenntnisse als ein Elitenphänomen – seither hat insbesondere im Hinblick auf Englischkenntnisse eine kulturelle Revolution stattgefunden. Man muss dem politischen Konstrukt EU ein Demokratiedefizit bescheinigen, das sich zunehmend auch zu einem Legitimitätsdefizit auswächst.



**Pizza - ein interkulturelles europäisches Phänomen:
Mit dem Massentourismus haben sich auch die innereuropäischen Essgewohnheiten
angeglichen.**

Foto: wikipedia commons

Defizitär ist nach wie vor auch das, was man als europäische Öffentlichkeit bezeichnen kann: erst nach 1945 entsteht eine europäische Kulturszene. Im medialen Bereich spielt die Eurovision keine herausragende Rolle, auch wenn dies über das Leitmedium TV technisch möglich wäre (eine unwesentliche Ausnahme stellt der sog. ESC dar). Auch wenn es heute transnationale Netzwerke von Intellektuellen gibt, sind diese immer noch Teil einer Eliten-Öffentlichkeit.

Guido Thiemeyer schreibt hierzu:

"Welche waren nun die Antriebskräfte dieser gesellschaftlichen Angleichung und Verflechtung in Europa seit 1945? In der Forschung lassen sich drei verschiedene Ansätze identifizieren, die einander zum Teil ergänzen: Der erste Ansatz sieht den Prozess der Industrialisierung als den entscheidenden Motor der europäischen gesellschaftlichen Angleichung und Verflechtung. Ein zweiter Ansatz betont die Bedeutung von politischen Entscheidungen für die gesellschaftliche Integration Europas, während ein dritter als wichtigste Ursache gemeinsame Wertvorstellungen und Ideologien der Europäer als Motor der Integration identifiziert."

(Thiemeyer, vgl. unten, S. 192)